

Gewerkschaftsforum Hannover:

Die hiesigen Gewerkschaften (egal ob DGB, IG Metall, ver.di, dju, DJV etc.) schweigen wieder einmal zur kolonialistischen und Apartheid-Politik des Staates Israel, der Regierung Netanjahu und der ihr nahestehenden rechtsextremen Siedler- und anderen Schlägertruppen gegen die Palästinenser im Gaza-Streifen, der West-Bank, Ost-Jerusalem und dem eigenen Staatsgebiet von 1948.

Sarkastisch könnte man kommentieren, dass dieses Schweigen schon das Beste ist, was von den deutschen Gewerkschaften in dieser Hinsicht zu erwarten ist. Kritik am alltäglichen Besatzungsterror, der Behandlung palästinensischer "Gastarbeiter" auf dem israelischen Staatsgebiet, Landraub, Zwangsräumungen, Vertreibungen, Folterungen, regelmäßigen Razzien und Bombardierungen seitens des israelischen Staatsapparates und seines bewaffneten Fußvolkes gab es so gut wie nie. Wenn überhaupt dann – ganz im Sinne deutscher Staatsräson – verbreitete man Solidaritätserklärungen mit eben jener israelischen Regierung, egal wie rechtsradikal, brutal oder rassistisch sie auch vorgeht.

Doch die Lehre aus den Verbrechen des deutschen Faschismus an den europäischen Jüdinnen und Juden, den Polen, Russen, Franzosen, Griechen, Tschechen, Jugoslawen, Italienern und vielen anderen kann nicht in der Solidarität mit Rassismus und Kolonialismus anderswo bestehen. Auch und schon gar nicht mit einer rechtsradikalen Regierung Netanjahu in Tel Aviv, die zum Bezugspunkt und Wallfahrtsort für Rechtspopulisten aus ganz Europa und den USA geworden ist, egal ob sie Orban, Salvini, Strache, Kickl, Trump, Le Pen oder Berlusconi heißen. Es kann nicht sein, dass die Palästinenser den Preis für die Verbrechen der Nazis und ihrer Kollaborateure von den Mussolini-Faschisten über die ungarischen Pfeilkreuzler bis zum französischen Vichy-Regime bezahlen.

Erfreulicherweise sehen das auch große Gewerkschaften in anderen Staaten so, obwohl auch sie oftmals sozialpartnerschaftlich ausgerichtet sind. Wir bringen hier im Folgenden eine kleine Auswahl internationaler gewerkschaftlicher Stellungnahmen zu den aktuellen Geschehnissen in Palästina – auch als Beitrag zur Debatte innerhalb der hiesigen Linken und Gewerkschafter.

Als erstes hier die Erklärung des Zentralkomitees der mit Abstand größten italienischen Metallarbeitergewerkschaft **FIOM**, die zum früher kommunistisch dominierten und heute genuin sozialdemokratischen Dachverband CGIL gehört, vom 14. Mai 2021. Im Original zu finden auf ihrer Homepage (www.fiom-cgil.it).

Zentralkomitee: Die Eskalation der Gewalt

stoppen und den Staat Palästina anerkennen!

Das Zentralkomitee der FIOM-CGIL verfolgt mit Besorgnis die dramatische Situation, die sich in diesen Stunden in Palästina ereignet und ruft zu einer sofortigen Einstellung der militärischen Operationen seitens der israelischen Polizei und Armee gegen wehrlose Zivilisten und den Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen auf israelische Städte durch bewaffnete palästinensische Gruppen auf.

Die kontinuierlichen Gewalttaten der israelischen Streitkräfte, die die Räumungen, Zerstörungen und Zwangsräumungen palästinensischer Familien aus ihren Wohnungen in den Stadtvierteln von Scheich Jarrah und Silwan begleiten, bedeuten eine weitere Zuspitzung der Lage in einer Spirale von Hass und Krieg.

Im besetzten Gebiet Ost-Jerusalem erleben wir Bestürzung über das Vorgehen von extremistischen Flügeln der jüdischen Rechten, von Siedlern und von der Militärmacht des israelischen Staates gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, die auch des Versammlungsrechts beraubt wurde.

Das Projekt der gewaltsamen Ersetzung der palästinensischen Bevölkerung durch neue jüdische Siedlungen in Ost-Jerusalem ist inakzeptabel und gegen die Schaffung eines gerechten Friedens und gegen das Zusammenleben der beiden Gemeinschaften gerichtet.

Die von der israelischen Regierung begangene Politik der erzwungenen Annexionen und gewaltsamen Enteignungen muss sofort aufhören.

Der Weg zu Frieden und Stabilität in Palästina und in der gesamten Region führt über das Ende der israelischen militärischen Besatzung und die Anerkennung der zwei Staaten für zwei Völker mit gleicher Würde, entsprechend dem, was in den Resolutionen der Vereinten Nationen festgelegt wurde.

Das Zentralkomitee der FIOM:

-- brandmarkt das Verhalten der israelischen Behörden, die Palästina in einen neuen Krieg hineinziehen,

-- appelliert an die italienische Regierung und an die internationalen Institutionen für ein entschlossenes diplomatisches Handeln, das die Eskalation der Gewalt verhindert,

-- stellt sich an die Seite der palästinensischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die seit Jahren für den Frieden, die Gerechtigkeit und die sozialen und Arbeitsrechte in Israel und in Palästina kämpfen;

-- fordert die territorialen Strukturen der FIOM auf, die nationalen und internationalen Solidaritätsdemonstrationen und -initiativen mit dem palästinensischen Volk aktiv zu unterstützen und sich daran zu beteiligen, um die stattfindende Gewalt zu stoppen und einen gerechten Frieden zu erreichen.

Rom, 14. Mai 2021

Die zweitgrößte kanadische Einzelgewerkschaft **NUPGE**, die 390.000 Mitglieder zählt, die vor allem im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind, und dem Gewerkschaftsbund CLC angehört, veröffentlichte am 13. Mai 2021 in Ottawa die folgende Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen in Palästina. Das Original ist auf ihrer Homepage (<https://nupge.ca>) nachzulesen.

Solidarität mit dem palästinensischen Volk

Wir rufen zur Einhaltung des internationalen Rechts und der Respektierung der Menschenrechte sowie der Selbstbestimmung der Palästinenser als grundlegender Vorbedingungen für ein Ende der Feindseligkeiten auf.

Ottawa (13. Mai 2021) -- Die National Union of Public and General Employees (NUPGE) schließt sich all jenen an, die sich gegen die Eskalation der Gewalt in Israel und den palästinensischen Gebieten aussprechen.

Wir rufen dazu auf, das Töten aller Zivilisten (Kinder eingeschlossen) und unbewaffneten Aktivisten zu beenden.

Israel ist eine Besatzungsmacht mit einer überlegenen Bewaffnung und einer großen, gut ausgerüsteten Armee. Die völlig unverhältnismäßige Anwendung dieser überlegenen Gewalt, um palästinensischen Zivilisten äußerst unverhältnismäßigen Schaden zuzufügen, ist inakzeptabel.

Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts

Die jüngsten Proteste entstanden als Antwort auf Israels gewaltsame Vertreibung palästinensischer Familien aus ihren Wohnungen im Stadtteil Scheich Jarrah von

Ost-Jerusalem trotz der Tatsache, dass dies eine Verletzung des Völkerrechts ist.

NUPGE verurteilt die gewaltsame Repression israelischer Streitkräfte gegen palästinensische Demonstranten, inklusive der Angriffe an der Al-Aqsa-Moschee.

"Wir schließen uns den Menschen in aller Welt (inklusive denjenigen in Israel) an, die für Frieden mit Gerechtigkeit für die Palästinenser kämpfen und verurteilen die Provokationen der aus dem Amt scheidenden Regierung Netanjahu und radikaler israelischer Siedler, die zum aktuellen Gewaltausbruch geführt haben", sagt NUPGE-Präsident **Larry Brown**.

Kommentatoren (auch solche innerhalb Israels) spekulierten sogar, dass das Provozieren von Feindseligkeiten zum Teil dem Zweck diene, Netanjahus politische Position zu stärken, nachdem er nicht in der Lage war, eine neue Regierung zu bilden.

Respektierung der Menschenrechte und des Völkerrechts muss grundlegend sein

Wir rufen zur Einhaltung des internationalen Rechts und zur Respektierung der Menschenrechte und zur Selbstbestimmung der Palästinenser als der grundlegenden Vorbedingung für ein Ende der Feindseligkeiten auf.

Den Elefanten im Raum ansprechen

"Lasst uns offen sein", sagt Brown. "Da gibt es einige, die jede Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichsetzen wollen."

"Wir lehnen dieses Argument ab. Dieses Argument ignoriert die Millionen jüdischer Menschen und Organisationen -- in Israel / Palästina und überall auf der Welt --, die sich gegen die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung ausgesprochen und stattdessen für Frieden und Gerechtigkeit eingesetzt haben."

Sich dem Ruf nach Frieden mit Gerechtigkeit anschließen

Wir schließen uns dem Ruf nach Frieden an – Frieden mit Gerechtigkeit für die Palästinenser.

Und wir rufen die kanadische Regierung auf, die gewaltsame Repression und die gewaltsame Vertreibung palästinensischer Menschen zu verurteilen, um sicherzustellen, dass Israel auf der internationalen Ebene verantwortlich gemacht wird.

Der **Internationale Gewerkschaftsbund (IGB / ITUC / CSI)** verbreitete kurz nach der Zuspitzung der Auseinandersetzungen am 11. Mai 2021 auf seiner Website (<https://www.ituc-csi.org>) die folgende Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen in Palästina. Darin spricht ITUC-Generalsekretärin Sharan Burrow – ebenso wie die Internationale Transportarbeiter-Föderation ITF in einer eigenen Stellungnahme vom 12. Mai (nachlesbar unter: <https://itfglobal.org>) – auch die Repression gegen führende palästinensische Gewerkschafter an und fordert die sofortige Beendigung derartiger Aktionen seitens des israelischen Staates.

Die ehemalige Lehrerin **Sharan Burrow** (66 Jahre) wurde am 25. Juni 2010 zur Generalsekretärin des vier Jahre zuvor gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt, der eigenen Angaben zufolge 200 Millionen Mitglieder in 163 Ländern und 332 nationalen Mitgliedsverbänden vereint und dem auch der DGB angehört. Davor war Sharan Burrow von 2000 bis 2010 Vorsitzende des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU.

Die Gewalt in Israel und Palästina muss aufhören

Der ITUC ruft zu einer sofortigen Einstellung der Gewalt in Israel und Palästina auf und dringt auf Gespräche durch die UNO und das Middle East-Quartett, um die unmittelbaren Ursachen der Gewalt und die ihnen zugrunde liegenden Ungerechtigkeiten durch die israelische Besatzung anzugehen.

ITUC

Israelische Luftangriffe auf Gaza töteten 24 Menschen, neun Kinder eingeschlossen. Als Vergeltung wurden Raketen aus Gaza abgefeuert, die mehr als 20 Menschen verletzten. Diese Angriffe fanden nach Tagen der Gewalt, insbesondere in Jerusalem, statt, wo hunderte Palästinenser bei Demonstrationen gegen gewaltsame Räumungen palästinensischer Familien durch die israelischen Behörden, um ihre Häuser an Israelis zu übergeben, verletzt wurden.

Die geplanten Vertreibungen würden, wenn sie Bestand haben, eine große Verletzung von Israels Verpflichtungen unter dem internationalen Recht darstellen.

Grundursache

ITUC-Generalsekretärin **Sharan Burrow** sagt: "Wir verurteilen die Gewalt und insbesondere den Verlust an Menschenleben in allen Fällen auf das Schärfste. Es bricht uns ferner das Herz zu sehen, dass palästinensische Familien aus ihren Wohnungen

geworfen werden, um den Weg für israelische Siedler freizumachen. Wieder einmal ist die ungerechte und illegale Besetzung palästinensischen Landes und die Fortsetzung der Besetzung von Palästina durch Israel die Grundursache.

"Die einzig akzeptable und nachhaltige Lösung ist die volle Umsetzung der entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates mit dem Ziel einer Beendigung der Besetzung, mit Verhandlungen, die zur Existenz zweier souveräner Staaten führen: Palästina und Israel."

In einer anderen Entwicklung wurde **Ashraf Al-A'war**, ein Sekretär der Palestinian General Federation of Trade Unions, am 8. Mai von israelischen Sicherheitskräften verhaftet und bis spätnachts über seine Gewerkschaftsaktivitäten verhört. Ein israelisches Gericht verbot ihm dann für den Zeitraum von einem Monat an irgendeinem politischen oder Gewerkschaftstreffen teilzunehmen.

"Das ist ein vollkommen inakzeptables Beispiel der Schikanierung eines Gewerkschaftsfunktionär in Ausübung seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit. Es ist eine eindeutige Verletzung der ILO-Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit. Die Einschränkung seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten muss sofort aufgehoben werden und er sollte für die erlittene Misshandlung in den Händen der israelischen Sicherheitskräfte und durch das Gericht eine Entschuldigung erhalten", fügte **Sharan Burrow** hinzu.

Der größte südafrikanische Gewerkschaftsbund **COSATU** äußerte sich am 17. Mai 2021 wie folgt zu den Ereignissen in Palästina, wie auf der Homepage <https://mediadon.co.za> nachlesbar:

COSATU in Solidarität mit dem Volk von Palästina als wir den 73. Jahrestag der Nakba durch die israelischen Angriffe gedenken

Der Congress of the South African Trade Unions (COSATU) dehnt seine Solidarität mit dem Volk von Palästina aus während wir des 73. Jahrestages der Nakba 1948 gedenken, die auch als "Die Palästinensische Katastrophe" bekannt ist und auf den 15.

Mai fällt.

Die Nakba ist ein kontinuierliches systematisches Verbrechen der ethnischen Säuberung, begangen von zionistischen Milizen in den 1880er Jahren und später im Jahr 1948 durch den Staat Israel gegen das einheimische palästinensische Volk, um eine suprematistische ((d.h. auf rassistischer Überlegenheitsdenken basierende)) Siedlerkolonie zu errichten. Das zionistische Projekt, ein Homeland in Palästina zu schaffen, folgte auf 1948 und setzt sich bis zum heutigen Tag fort. Es führt zu ständiger Vertreibung und zu Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser. Nach 73 Jahren ist Israel noch immer erbarmungslos in seinen systematischen Akten zur Auslöschung der physischen, geographischen und politischen Existenz des Volkes von Palästina.

Israel hat Gaza (eine schmale Landmasse, die von Millionen Palästinensern bewohnt wird), unerträglich für das Überleben des Volkes von Palästina gemacht, da ihnen kontinuierlich Nahrung, Wasser, Medizin und Elektrizität vorenthalten wird. In jüngster Zeit hat die israelische Regierung die Covid-19-Pandemie als einen Weg genutzt, um ihr Völkermordprojekt dadurch zu fördern, dass sie die Schiffslieferungen von Covid-19-Impfstoffen in den Gaza-Streifen stoppte.

Die diesjährigen Nakba-Gedenkfeiern am 15. Mai finden inmitten einer Reihe geplanter Luftschläge und Raketenangriffe auf das palästinensische Volk durch israelische Streitkräfte statt, bei denen 192 Menschen starben (und ihre Zahl steigt weiter) und sehr viel mehr Menschen verletzt wurden. COSATU ist sich dieser ethnischen Säuberung, die 1948 stattgefunden hat, bewusst und ist weiterhin mit dem Volk von Palästina solidarisch! Der einzige Weg, wie wir das Blut derjenigen, die seit der Nakba von 1948 auf barbarische Weise umgebracht wurden, wettmachen können, ist sicherzustellen, dass ihre überlebenden Familien in einer gerechten Gesellschaft leben, wo alle Bürger gleich sind, egal welches Geschlecht, welche Farbe, Rasse, Volkszugehörigkeit, sexuellen Hintergrund oder Religion sie haben.

COSATU verurteilt diese Akte von Völkermord und fordert deshalb ein Ende von Israels Straflosigkeit und seiner systematischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Gewerkschaftsbund ruft die südafrikanische Regierung darüber hinaus auf, alle ökonomischen und diplomatischen Verbindungen zum Apartheid-Israel zu kappen.

COSATU gelobt weiterhin Druck auf alle Regierungen auszuüben, bis dem Volk von Palästina politische, ökonomische und Menschenwürde zurückgegeben wurden.

Wie lange will die Welt dieses Spektakel gemeiner Grausamkeit noch erdulden?

Wir werden nicht ruhen, bis das Volk von Palästina frei ist!

Sonia Mabunda-Kaziboni (Internationale Sekretärin)

Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Englischen und Italienischen:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de

Gewerkschaftsforum Hannover:

Anders als die deutschen Verbände sind andere europäische Gewerkschaften beim Thema Palästina durchaus in der Lage Unterdrücker und Unterdrückte, Ausbeuter und Ausgebeutete, Kolonialismus und Widerstand gegen den Kolonialismus klar zu unterscheiden. Ein Beispiel dafür: der belgische sozialistische Gewerkschaftsbund FGTB / ABVV, der am 18. Mai 2021 auf seiner Homepage (www.fgtb.be) die folgende Stellungnahme zu den Geschehnissen in Palästina veröffentlichte.

Die Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB) bzw. Allgemeen Belgisch Vakverbond (ABVV) ist mit 1,5 Millionen Mitglieder der zweitgrößte der drei belgischen Gewerkschaftsbünde und im Gegensatz zur christlichen CSC / ACV (1,6 Millionen Mitglieder) und dem liberalen CGSLB / ACLVB (300.000 Eingeschriebene) die kämpferischste Interessenvertretung der Lohnabhängigen in unserem Nachbarland.

FGTB-Beschluss als Reaktion auf die Eskalation der Gewalt in Palästina

Seit einigen Tagen sind wir Zeugen einer Eskalation der israelisch-palästinensischen Spannungen.

Im April wurde 300 palästinensischen Bewohnern des Viertels Scheich Jarrah in Ost-Jerusalem mit der Räumung gedroht. Diese Drohungen sind Teil der israelischen Politik der Kolonisierung, Annexion und Apartheid.

Am 10. Mai unterdrückte die israelische Armee massiv Kundgebungen tausender Demonstranten, die gekommen waren, um gegen die Illegalität der Annexion Ost-Jerusalems zu protestieren. Mehrere hundert Menschen wurden verletzt. Die Armee hat auch Luftangriffe auf den Gazastreifen als Vergeltung für von der Hamas abgefeuerte Raketen gestartet und dabei unverhältnismäßig viel Gewalt angewendet.

Die Zahl der Toten in den ersten Stunden dieser israelischen Bombardements auf den Gazastreifen, darunter mehrere Kinder, lässt ein ähnliches Szenario wie bei dem Angriff im Sommer 2014 befürchten. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der Todesopfer 2.100 auf palästinensischer Seite und 73 auf israelischer Seite.

Auch die jüngsten Hamas-Offensiven haben israelische Opfer gefordert.

Die FGTB:

- verurteilt diese Gewalt aufs Schärfste, unterstützt einen Waffenstillstand und fordert ein Ende der Feindseligkeiten;
- beklagt die Zahl der Opfer auf beiden Seiten;
- ruft die israelische und palästinensische Gewerkschaftsbewegung auf, sich gemeinsam für den Frieden einzusetzen;
- bekundet seine Solidarität mit der am 18. Mai in Palästina gestarteten Generalstreikbewegung gegen die Bombadierungen und gegen die Versuche, palästinensische Familien aus Ost-Jerusalem (Viertel Scheich Jarrah) zu vertreiben;
- bekräftigt seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk und den palästinensischen Arbeitern, die seit vielen Jahren Opfer einer Politik der Unterdrückung, Kolonisierung, Verfolgung und Apartheid sind. Sie bekräftigt ihre Solidarität mit allen Kräften, die sich für den Frieden einsetzen;
- fordert, dass die belgischen Bundesbehörden wirksame Maßnahmen ergreifen, um Druck auf den Staat Israel auszuüben, damit dieser das Völkerrecht und die Menschenrechte respektiert. Wir fordern auch Unterstützung für solche Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene.

Bloße politische Erklärungen reichen nicht mehr aus. Die Europäische Union kann sich nicht länger damit begnügen, Israels Nichteinhaltung des Völkerrechts symbolisch zu verurteilen.

Vor allem fordern wir die Durchsetzung einer dauerhaften politischen Lösung, was die Anerkennung des palästinensischen Staates und ein Ende der Besetzung und Kolonisierung der palästinensischen Gebiete bedeutet.

Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Französischen: **Gewerkschaftsforum Hannover**

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de

Gewerkschaftsforum Hannover:

Zur Position der größten linken französischen Basisgewerkschaft Union Syndicale Solidaires hier drei Statements, die wir ihrer Homepage (<https://solidaires.org>) entnahmen. Die erste stammt vom 13. Mai 2021:

Solidaires ruft zur Teilnahme an allen Kundgebungen in Frankreich in Solidarität mit dem palästinensischen Volk auf

Während die Situation in Palästina dramatisch ist, während Israel seine Apartheidpolitik verschärft und Dutzende von Palästinensern tötet, führt Frankreich seit Anfang der Woche eine neue autoritäre Offensive gegen die Bewegung zur Unterstützung des palästinensischen Volkes.

Am Mittwoch, dem 12. Mai, wurde der Präsident der Association France Palestine Solidarité nach einer friedlichen Kundgebung in Paris, an der mehrere hundert Menschen zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands teilnahmen, verhaftet und bis spät in die Nacht in Polizeigewahrsam gehalten.

Am Donnerstag, den 13. Mai, behauptete Minister Darmanin, eine zuvor genehmigte Demonstration am Samstag, den 15. Mai, in Paris zum Gedenken an die Nakba, die die Vertreibung und das Exil der Palästinenser aus ihren Häusern und ihrem Land im Jahr 1948 markiert, verboten zu haben.

Das palästinensische Volk leidet unter der Gewalt der Siedler, den mörderischen Überfällen in Gaza und der Zerstörung ihrer Häuser in Ost-Jerusalem, insbesondere im Stadtteil Scheich Jarrah. All dies wird von der israelischen Regierung vertuscht und / oder organisiert, die beabsichtigt, die palästinensische Präsenz in Jerusalem zu liquidieren, um Jerusalem unter Missachtung des internationalen Rechts zu ihrer Hauptstadt zu machen.

Nicht nur, dass die französische Regierung untätig bleibt und ihre Beziehungen zu dieser mörderischen Regierung fortsetzt, sondern sie unterdrückt auch diejenigen, die ihre Solidarität mit den Palästinensern zum Ausdruck bringen wollen.

Die Union Syndicale Solidaires prangert den Autoritarismus dieser Regierung an. Demonstrieren ist ein verfassungsmäßiges Recht, eine soziale Errungenschaft. Wir werden uns nicht mit Untätigkeit abfinden. Wir akzeptieren nicht, dass uns die Freiheit, zu demonstrieren und uns zu versammeln, genommen wird.

Solidaires ruft dazu auf, alle Kundgebungen in Frankreich zu unterstützen und unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk am Samstag, den 15. Mai zum Ausdruck zu bringen. In:

- Paris, métro Barbès, à 15h
- Lyon, place Bellecour, à 15h
- Marseille, place Bargemon, à 15h
- Saint-Étienne, place Chavanelle, à 15h
- Nîmes, avenue Feuchères, à 15h
- Metz, Place Saint Jacques, à 11h
- Toulouse, métro Capitole, à 11h
- Strasbourg, place de l'université, à 15h
- Lille, place du Général de Gaulle (Grand'Place), à 15h
- Nantes, place Maginot, à 15h
- Rennes, République, à 15h
- Annecy Haute Savoie, esplanade Place François de Menthon à 14h30
- Nancy, place Maginot de 15h à 17h
- Niort, parvis des droits de l'Homme à 11h

Den Verlauf der trotz Verbot durchgeführten Solidaritätsaktionen und der Repression des französischen Staatsapparates kommentierte die Union Syndicale Solidaires am 15. Mai 2021 auf ihrer Homepage, als Presseerklärung und per Flugblatt wie folgt:

Vielfältige Mobilisierungen für Palästinenser trotz des Autoritarismus der Regierung

Innenminister Darmanin kündigte am Donnerstag per Tweet das Verbot einer Reihe von zuvor genehmigten Demonstrationen für dieses Wochenende an und trat damit ein verfassungsmäßiges Recht mit Füßen. Dies war zunächst für Paris der Fall. Andere Städte folgten diesem Verbot.

In vielen Städten, auch in solchen, in denen Demonstrationen verboten waren, fanden im ganzen Land friedliche und entschlossene Demozüge in Solidarität mit den Palästinensern statt.

In Paris hat die Regierung durch ihren Präfekten wieder einmal Gewalt angewendet, indem sie mit einem unverhältnismäßigen Polizeiaufgebot Nägel mit Köpfen machte und massive Repression ausübte – und das vor dem Hintergrund, dass unsere Freiheiten seit mehreren Monaten erstickt wurden.

Wir werden diejenigen unterstützen, die Repressionen, Verhaftungen oder strafrechtliche Verfolgung erleiden, weil sie ihre Meinung geäußert und ihr verfassungsmäßiges Demonstrationsrecht wahrgenommen haben.

Die Union Syndicale Solidaires prangert diese autoritäre Regierung an, die jeden sozialen Protest, jede internationale Solidarität mundtot machen will, die die Wut instrumentalisiert und uns als Antisemiten hinstellen will.

Israel ist ein Kolonialstaat, der das Völkerrecht nicht respektiert. Wir lehnen die Amalgame ab und bekräftigen unseren Kampf gegen Antisemitismus und alle Rassismen, die keinen Platz in unseren Kämpfen haben.

Solidaires unterstützt den Kampf des palästinensischen Volkes für sein Recht auf Selbstbestimmung. Wir werden weiterhin unsere Solidarität mit den Palästinensern in unserer internationalistischen Gewerkschaftsarbeit täglich und auf der Straße zum Ausdruck bringen!

Am 18. Mai 2021 folgte eine Solidaritätserklärung mit dem Generalstreik in Palästina:

Solidarität mit dem Generalstreik in Palästina

Die Union Syndicale Solidaires begrüßt die Einheit der palästinensischen Arbeiterbewegung und unterstützt den Generalstreik, zu dem sie für diesen Dienstag, den 18. Mai, im gesamten historischen Palästina aufgerufen hat, um gegen die von Israel verübten Massaker im Gazastreifen, die koloniale Unterdrückung, die Apartheid und die ethnischen Säuberungen zu protestieren, die gegen die palästinensischen Gemeinden durchgeführt werden.

Mit ihnen fordern wir die Beendigung der militärischen und kolonialen Besatzung Israels.

Wir fordern die Auflösung des militärischen und kolonialen Besatzungsregimes Israels in den von ihm seit 1967 besetzten Gebieten, Sanktionen gegen diesen Staat, der das Völkerrecht nicht respektiert, und ein Embargo für jeglichen Handel, Militär und Forschung.

Wir fordern den Rückzug der Investitionen französischer Unternehmen aus Israel und einen Boykott israelischer Produkte, solange bis die Grundrechte des palästinensischen Volkes respektiert werden.

Schließlich ruft die Union Syndicale Solidaires zur Teilnahme an allen Bündnis-Kundgebungen in Solidarität mit dem palästinensischen Kampf auf, insbesondere am Samstag, dem 22. Mai.



Vorbemerkungen und Übersetzung aus dem Französischen: **Gewerkschaftsforum
Hannover**

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de

Gewerkschaftsforum Hannover:

Internationale Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten sind Kernmerkmale der Arbeiterbewegung. DGB, IG Metall, ver.di, IG BCE & Co. sind aufgrund ihrer Standortpolitik und ihrer staatstragenden Art dazu jedoch häufig nicht in der Lage und schon gar nicht wenn es um die Apartheid- und Kolonialpolitik des Staates Israel gegen die Palästinenser geht.

Andere europäische Gewerkschaften schaffen es dagegen durchaus Unterdrücker und Unterdrückte, Ausbeuter und Ausgebeutete, Kolonialismus und Widerstand gegen den Kolonialismus klar zu unterscheiden.

Ein besonders gutes Beispiel dafür bietet der folgende Redebeitrag, den die Generalsekretärin des größten portugiesischen Gewerkschaftsbundes CGTP-Intersindical, Isabel Camarinha, am 17. Mai 2021 auf einer Solidaritätskundgebung mit dem palästinensischen Volk in Lissabon hielt. Darin geht sie auch auf die Lage der palästinensischen Arbeiterklasse ein.

Die CGTP-IN veröffentlichte die Rede am 18. Mai 2021 auf ihrer Homepage (www.cgtp.pt/informacao/comunicacao-sindical).

Redebeitrag von Isabel Camarinha auf der Solidaritätskundgebung mit Palästina

Liebe Freunde und Genossen,

Der CPPC (Portugiesische Rat für Frieden und Zusammenarbeit), der MPPM (Bewegung für die Rechte des Palästinensischen Volkes) und die CGTP-Intersindical sind heute – so wie seit Jahrzehnten – hier im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Was wir heute in Palästina erleben, ist kein isolierter oder beispielloser Fall. Seit 1967 ist Palästina, einschließlich Ost-Jerusalem, von Israel besetzt und zwar unter völliger Missachtung des Völkerrechts. Seit Jahrzehnten hat die israelische Besatzung neue Siedlungen und neue Besetzungen geschaffen und es hat eine Zunahme von Vertreibungen, Gewalt und Krieg gegeben. Die Situation verschärfte sich, als die vorherige US-Regierung Jerusalem als Hauptstadt des Staates Israel anerkannte, eine Anerkennung, die unter der aktuellen Präsidentschaft Bidens aufrechterhalten wird.

Die Errichtung neuer Siedlungen in Ost-Jerusalem und im Westjordanland, die illegale Aneignung ihrer Häuser und ihres Territoriums, Häuser und Territorium, in

denen die heutigen Palästinenser leben, in denen aber auch ihre Eltern, ihre Großeltern und die Generationen vor ihnen lebten, haben ein klares Ziel seitens des Staates Israel, nämlich das gesamte historische Gebiet Palästinas zu besetzen und das Recht auf die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu verhindern.

Dieser Prozess ist Teil des laufenden Prozesses, den die US-Regierung im vergangenen Jahr in Gang gesetzt hat und den sie zusammen mit der israelischen Regierung als "Jahrhundertplan" bezeichnete. Ein Plan, der im Wesentlichen immer noch in Kraft ist und der – wie wir bereits früher angeprangert haben – einen schweren Angriff auf das Völkerrecht und den Frieden im Nahen Osten und in der Welt darstellt.

Die neuen Annexionen und Besetzungen vertiefen den fremdenfeindlichen und rassistischen Charakter der israelischen Besatzung und fügen sich zu den zahlreichen Verbrechen und Verletzungen der Grundrechte, die Israel gegen das palästinensische Volk begeht.

In den letzten Tagen wurden wir Zeuge von schrecklichen Bombardierungen in Gaza, denen Hunderte von Palästinensern und Dutzende von Kindern zum Opfer fielen. In Gaza gibt es eine verbrecherische Blockade. Die Bewohner dieses Streifens (der 6 bis 12 km breit und 41 km lang ist) haben keinen Zugang zu medizinischer oder humanitärer Hilfe. Das Gesundheitssystem ist schwach und zerbrechlich, was durch die Pandemie und die Schwierigkeit des Zugangs zu Impfstoffen noch verschlimmert wird.

Es handelt sich um ein Gebiet, das durch Meer und Land abgeschottet ist. Es ist ein Gebiet, in dem Tausende von Palästinensern als Opfer der Aggression, der Blockade, des Krieges und der Zerstörung leben, die ihnen der Staat Israel mit der Komplizenschaft seiner Verbündeten in den USA und der EU und auch mit der Komplizenschaft der aufeinander folgenden Regierungen in Portugal, die sich nie distanziert haben, zugefügt hat.

Tausende werden willkürlich ohne Anklage oder Prozess inhaftiert, darunter Tausende von Kindern. 12 000 Kinder saßen bzw. sitzen seit 2000 in israelischen Gefängnissen. Kinder, die ebenfalls Opfer der zionistischen Politik Israels sind, die, anstatt zu spielen und zur Schule zu gehen, jeden Tag die Bombardierung ihrer Häuser mit ansehen müssen, wobei viele ihr Leben verlieren.

Kinder, die mitten in der Nacht aus ihren Häusern geholt und in Gefängnisse geworfen werden, ohne Eltern oder Anwälte, Opfer einer allgemeinen, grausamen und sadistischen Praxis der israelischen Behörden, die vor keinem Mittel zurückschrecken, um das palästinensische Volk zu unterwerfen und ihr Land besetzt zu halten.

Die Aggression, die Palästinenser tagtäglich erleben, spiegelt sich auch in ihrer Arbeit wider und hat tiefe klassenmäßige Vorurteile. Wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) belegt hat, wird die Arbeitssituation der Palästinenser durch die Besatzung erstickt und geht nicht auf ihre Probleme und Bestrebungen ein. In Gaza, mit der verbrecherischen Blockade durch Israel, ist die Arbeit knapp und sporadisch, sie verhindert Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Fast

die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos. Am meisten von der wachsenden Arbeitslosigkeit und der sozialen Entrechtung betroffen sind Frauen und junge Menschen.

Palästinensische Arbeiter sind der Willkür, Demütigung und Gewalt der Besatzungsmacht ausgesetzt. Sie sind gezwungen, in den besetzten Gebieten oder in israelischen Siedlungen nach Arbeit zu suchen. Sie verlassen ihre Häuser und die Demütigung beginnt an den Checkpoints, aber auch in den Betrieben, wo sie einer brutalen Ausbeutung ausgesetzt sind, mit Löhnen, die 50 % niedriger sind als die der anderen. Begleitet von extremer Prekarität und Abhängigkeit von Mittelsmännern, die einen Teil ihres Lohns einstecken. Die Palästinenser sind auch die Hauptopfer von Arbeitsunfällen. Sie haben ein hohes Arbeitspensum, arbeiten länger und ungeschützt an Arbeitsplätzen, die stärker von Risiken und Unsicherheiten geprägt sind.

Zu einem Zeitpunkt, an dem 73 Jahre vergangen sind, seit Israel mit der Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern, bekannt als Nakba, begann, gehen die Aggression, Unterdrückung und Verfolgung des palästinensischen Volkes weiter. Aus all diesen Gründen müssen wir diese weitere Eskalation der Offensive dringend verurteilen. Israel ist die größte Quelle der Destabilisierung in der Region, da es seine Position als größte Militärmacht aufrechterhält, seine nukleare Kapazität ständig ausbaut und immer wieder Gewalt und Aggression anwendet.

Aus all diesen Gründen ist es an der Zeit, dass die Europäische Union und Portugal ihre Positionen aufgeben, die die israelische Aggression objektiv begünstigen und legitimieren. Indem die portugiesische Regierung Unterdrücker und Unterdrückte, Opfer und Verbrecher auf eine Stufe stellt, wie es die portugiesische Regierung durch die Stimme des Außenministers getan hat, erschwert sie eine Lösung, die Frieden in die Region bringt.

Erforderlich ist, dass die Regierung in Respekt und Übereinstimmung mit der Verfassung der Portugiesischen Republik und dem internationalen Recht eine frontale Position einnimmt, die die Aktionen Israels verurteilt. Sie muss sich dafür einsetzen, dass andere EU-Länder das Gleiche tun und so zum Frieden in der Region beitragen.

Es wird gefordert, dass die portugiesische Regierung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht eine klare Position einnimmt und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennt, mit der Gründung eines Staates in den Grenzen von 1967 und der Hauptstadt in Ost-Jerusalem.

Dieser Akt ist ein wichtiger Ausdruck der Solidarität und Unterstützung für die Arbeiter und das Volk von Palästina, die sich heldenhaft gegen die Besatzung durch das zionistische Regime wehren und ihr unveräußerliches Recht auf ein unabhängiges und souveränes Heimatland verteidigen. Diese Solidarität und Unterstützung muss intensiviert und ausgebaut werden. Wir hinterlassen hier unsere Verpflichtung, dass die CGTP-IN weiterhin alle Anstrengungen unternommen wird, um den Kampf und die Solidarität mit Palästina auszuweiten – zur Verteidigung eines freien, unabhängigen und souveränen Palästinas.



Isabel Camarinha

Generalsekretärin der CGTP-Intersindical

**Kundgebung 17. Mai 2021 – Martim Moniz –
Lissabon**

Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Portugiesischen: **Gewerkschaftsforum
Hannover**

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de